

Die Rettung des amerikanischen Traums

Finanzkrise Ein gemeinnütziger Verein hilft US-Bürgern, die ihre Hypothekenkredite nicht mehr bedienen können – und hat dabei mehr Erfolg als Obamas Regierung. Von Dietmar Ostermann, New York

Greg Frusci zählt zu denen, die sich bisher durchschlagen konnten. Bereits im vergangenen Winter stellte der Feuerwehrmann von der Brandwache 44 in Brooklyn daheim die Heizung ab. Konnte er die Raten für seinen Hauskredit nicht zahlen, ließ er sich Geld, mal beim Vater, mal bei Freunden. Jetzt aber geht gar nichts mehr. Fruscis Augen sind rot unterlaufen. Der stämmige Mann schaut resigniert und zuckt mit den Schultern. „Wenn sie mir hier auch nicht helfen können“, seufzt er, „verliere ich das Haus.“

Wie Tausende von New Yorkern wartet auch Frusci im Javits-Kongresszentrum auf seinen Umschuldungsbescheid. „Save the dream“ heißt die Veranstaltung der Neighborhood Assistance Corporation of America (NACA): rettet den Traum. Der gemeinnützige Verein der Hauseigentümer nimmt sich über vier Tage hinweg jener Menschen an, denen der finanzielle Ruin droht, weil sie ihre Hypothekenkredite nicht mehr bedienen können. An rund 300 Tischen sitzen die Schuldenberater der NACA, auf endlosen Reihen grauer Klappstühle warten die Betroffenen, und ständig kommen weitere hinzu.

In elf Städten hat der Hilfstross des Vereins bereits Station gemacht. Es kamen mehr als 350 000 Menschen. Bruce Marks, der Gründer des Vereins, schätzt, dass es in New York bis zu 50 000 sein werden. „Wenn Ihnen jemand erzählt, die Krise ist vorbei“, sagt er, „dann schauen Sie sich hier um.“ Als in Amerika die große Immobilienblase vor mehr als zwei Jahren platzte, stürzte die Welt in die Finanz- und Wirtschaftskrise. Jetzt verdienen die Banken an der Wall Street wieder Milliarden, und die US-Wirtschaft wächst. Zugleich sind aber mehr Menschen als jemals zuvor mit ihren Kreditzahlungen im Verzug. Eine zweite Welle der Hausinsolvenzen rollt, diesmal freilich ausgelöst von der zunehmenden Arbeitslosigkeit.

Knapp acht Millionen Häuslebauer in den USA können ihre Kredite nicht mehr bedienen. Jeden Monat kommen 250 000 weitere Betroffene dazu. Sechs Millionen Insolvenzverfahren sind seit 2007 eröffnet worden. Viele werden erst jetzt vollstreckt. Schon türmt sich die nächste Bugwelle auf: 6,5 Millionen Hypotheken gelten als insolvenzgefährdet, weil die Zahlungen seit mehr als 30 Tage überfällig sind. Experten schätzen, das 13 Millionen Familien ihr Ei-

genheim verlieren könnten, bis der Flächenbrand gelöscht ist.

Vielen ergeht es wie Greg Frusci: Der Feuerwehrmann hat sein Haus im Boomjahr 2005 für 375 000 Dollar gekauft – zu teuer, wie er heute weiß. Er hat kräftig investiert. Weil ein Anbau nicht den Vorschriften entsprach, musste er ihn abreißen lassen. Jetzt drücken Frusci 430 000 Dollar Schulden, doch das Haus ist nicht einmal mehr den Kaufpreis wert. Weder kann er verkaufen, noch kann er die Raten stemmen. 3200 Dollar will die Bank pro Monat, knapp 4000 Dollar bringt der geschiedene Vater nach Hause. Seit seine Tochter vor sieben Monaten geboren wurde, reicht das Geld gar nicht mehr. Damit zählt Frusci zur ersten Welle: Er hat sich im Boom zu hoch verschuldet.

„Ich weiß nicht, warum mir die Bank den Kredit gegeben hat“, sagt er. „Ich habe mich damals bereits gefragt, wie ich das alles bezahlen soll. Aber alle haben mir gesagt: Du schaffst das schon.“ Die exorbitanten Mieten in New York hätte Frusci ebenso wenig bezahlen können.

Auch Liam McLoughlin ist ein Opfer des Leichtsinns. Der Kriminalbeamte der New Yorker Polizei hat jahrelang auf großem Fuß gelebt. Der Sohn spielt in zwei Eishockey-Teams, die Tochter geht dreimal die Woche reiten, die Eltern tanzen abends gern in guten Restaurants. „Wir haben viele unnötige Ausgaben“, räumt der Vater ein. Sein Job ist sicher, doch seit seine Frau nichts mehr dazuverdient, drücken die Schulden. Als McLoughlin vom Boot eines Freundes fiel, sich die Rippen brach und wochenlang nicht arbeiten konnte, wurde ihm der Ernst der Lage bewusst: „Ohne Überstunden konnten wir die Rechnungen nicht mehr zahlen.“

Oft reicht im teuren New York eine Kleinigkeit, um die hochverschuldeten Hausbesitzer aus der Bahn zu werfen. Auch bei Valerie Phillip ging die Rechnung wegen fehlender Überstunden plötzlich nicht mehr auf. „Ich habe versucht, 60 Stunden im Monat draufzulegen“, berichtet die schwarze Polizistin, „auf einmal ging das nicht mehr.“ Rund 1000 fest eingeplante Dollar fehlen der dreifachen Mutter nun in der Lohntüte, ausgerechnet jetzt, wo ihre älteste Tochter studieren will. Phillip spart, wo sie kann: „Ich trage eine Perücke, das ist billiger, als zum Friseur zu gehen.“ Ihre Hypothek ist zum Mühlstein geworden.



Kein Ende der Krise: der amerikanische Häusermarkt ist noch schwer belastet. Foto: AFP

Noch härter hat es Jon Ugaldi getroffen. In den Boomjahren florierte sein kleines Bauunternehmen, doch vor zwei Jahren hörte das Telefon auf zu klingeln. Ugaldi musste alle 15 Mitarbeiter entlassen, schließlich stand er selbst auf der Strafe. Um sein Haus zu retten, malochte er 19 Stunden am Tag. Er begann um drei Uhr auf einem Schrottplatz und machte weiter bis 23 Uhr an einer Tankstelle. Ein halbes Jahr hielt er das durch. Dann bekam er auf dem Schrottplatz den blauen Brief. Hypothek und Nebenkosten für sein Haus in der Schlafstadt Hopatcong in New Jersey kosten 3500 Dollar. Letzten Monat verdiente Ugaldi noch 2400 Dollar. „Ich habe mein Auto verkauft“, sagt er, „und bei der Bank um günstigere Konditionen gebettelt. Die haben gesagt: Suchen Sie sich Verwandte, die Ihre Rechnungen bezahlen.“ Jetzt verhandelt NACA mit der Bank, die Zinsen sollen von sechs auf zwei Prozent sinken.

Bruce Marks kennt diese Geschichten. „Vorsicht Finanzhaie“, steht auf seinem Shirt. Er weiß, dass zwar Steuermilliarden zur Rettung der Wall Street aufgebracht

wurden, aber überschuldete Hausbesitzer gegen Wände anrennen müssen. Obamas Regierung hat drei bis vier Millionen Betroffenen Hilfe versprochen: So sollte ihre Hypothekenlast auf 31 Prozent ihrer Einkünfte reduziert werden – doch die vom Staat vermittelten Umschuldungen laufen schleppend an, die Banken mauern.

„Es ist beschämend, wie die Regierung bei den Banken bettelt, dass sie Kredite umschulden“, sagt Marks, „dabei könnten sie die Banken einfach zwingen.“ Seiner Meinung nach ist Obamas Regierung zu eng mit der Wall Street verflochten. Im Wahlkampf habe der Präsident ein Moratorium auf Hausinsolvenzen versprochen. Aber „nichts ist passiert.“ Tatsächlich hat NACA mehr Umschuldungen organisiert als die Regierung. „Gewaltfreien Bankenterrorismus“ nennt NACA-Gründer Marks, der früher bei der Zentralbank gearbeitet hat, was sein Verein macht. Seiner Meinung nach hilft nur Druck: „Wenn es sein muss, marschieren wir vor den Villen der Bonzen auf, kippen alte Möbel in die Einfahrt und halten Mahnwachen.“

Ungebändigte Sammelwut

Entgeltnachweis Der Umgang mit Arbeitnehmerdaten lässt viele Fragen offen. Von Roland Pichler

Auf den ersten Blick sieht es aus wie ein Schildbürgerstreich: Die Betriebe müssen von diesem Jahr an Millionen von Daten ihrer Beschäftigten an eine zentrale Speicherstelle übermitteln, um sich das Leben künftig zu erleichtern. So sieht es das Gesetz über den elektronischen Entgeltnachweis vor, mit dem die frühere Bundesregierung Bürokratie abbauen wollte. Während der parlamentarischen Beratungen, die schon einige Zeit zurückliegen, nahm die Öffentlichkeit von diesem Vorhaben wenig Notiz. Das ändert sich jetzt, da sich die ersten Auswirkungen zeigen. In den nächsten zwei Jahren baut sich der Staat mit Hilfe der Wirtschaft eine Sammelstelle mit einem gigantischen Datenbestand auf. Die Unternehmen machen dabei gerne mit, denn sie hoffen auf eine Entlastung von Bürokratie. Tatsächlich müssen sie bisher viele Bescheinigungen ausstellen – etwa wenn Arbeitnehmer Elterngeld oder sonstige soziale Leistungen bei staatlichen Stellen beantragen. Diese Papierflut soll eingedämmt werden.

Bei aller Sympathie für eine moderne Verwaltung stellt sich die Frage, ob die Risiken aus Sicht der Beschäftigten noch im Verhältnis zu den Vorteilen stehen. Nach mehreren Skandalen rückt der leichtfertige Umgang mit den Daten von Beschäftigten ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Der Gesetzgeber sollte klare Grenzen ziehen.

Todesmutig

Iran Das Regime kann das Volk nicht mehr besiegen, es hat keine Perspektive.

Von Adrian Zielcke

Der Iran verändert sich. Die Herrschaft des Islamismus ist gescheitert. Hartlebige Machtmenschen wie Präsident Mahmud Ahmadinedschad mögen noch eine Weile an ihren Sitzen kleben, aber mit jedem Toten mehr verliert das herrschende Regime wieder einen Teil seiner Legitimation. Der erste Führer der Revolution, der Ajatollah Chomeini, hatte es sich zum Ziel gesetzt, den Schah, den Lakaien der Amerikaner, vom Thron zu stoßen – ein wahrhaft erstrebenswertes Ziel. Heute aber wenden sich die jungen Iraner von den Religionsführern ab.

Die weltlichen Herrscher wie der jetzige Präsident haben all ihre Wahlversprechen gebrochen. Sie haben Wohlstand versprochen und in Wahrheit die Armut verschärft. Sie haben das Land in die internationale Isolation geführt, während gerade die jungen Iraner hinaus in die Welt möchten. Das Regime verteidigt sich nur noch. Da es keine Zukunftsperspektive hat, ist es auf Gewalt angewiesen. Aber die revoltierenden Menschen zeigen Todesmut, nicht zuletzt Oppositionsführer Mir Hossein Mussawi, der sagt, er habe keine Angst, für das Volk zu sterben. Jeder Märtyrer macht die Aufständischen stärker. Wenn die Soldaten der Regierenden irgendwann zu den Aufständischen überlaufen, weil sie wieder zum Volk gehören wollen, dann hat das Regime endgültig verspielt.

Unten rechts

Die ich meine

Im Reiche Silvio Berlusconi, sagt man, sei die Pressefreiheit in Gefahr. Und das stimmt auch. So zum Beispiel: es war einmal ein italienisch-deutscher Gipfel in Triest. Da ließ der Sprecher einer deutschen Kanzlerin bei den Journalisten vorab jene Fragen einsammeln, welche sie bei der Pressekonferenz zu stellen gedachten. Dann beschied er dem einen oder anderen: „Ihre Frage ist zugelassen; wir wünschen sie aber in folgender Formulierung...“

Es war einmal, in L'Aquila, ein Gipfel der G-8-Staaten, und ein Staatssekretär der Bundesregierung lud die deutschen Journalisten zu einem abendlichen Briefing – aber nur jene, die im Kanzlertrass aus Berlin mit eingeflogen waren. Jene, die das Jahr über in Italien arbeiten, sollten nicht einmal von der Tatsache dieses Treffens erfahren.

Zur Weihnachtszeit kam ein junger deutscher Außenminister zum Antrittsbesuch nach Rom. Die deutschen Journalisten waren zur Pressekonferenz gebeten, dringend, wie der Botschaftssprecher flüsterte: Es gebe da einen „richtigen Knaller zum Jahresende“. Das Einzige, was es in der amtlich zugestandenen Viertelstunde und bei den handverlesenen vier Fragen gab, war eine ansehnliche Staffage fürs Fernsehen.

Was wir uns fürs neue Jahr wünschen, im Reiche Berlusconi? Weniger Pressefreiheit! Von dieser Art jedenfalls. Paul Kreiner

Aus der Manege in die Freiheit

Nepal Jedes Jahr werden aus dem verarmten Himalajastaat bis zu 12 000 Kinderarbeiter ins Nachbarland Indien verkauft. Eine private Organisation befreit nepalesische Kinder von der Zwangsarbeit in indischen Zirkussen. Von Markus Wanzeck, Katmandu

Shweta tut etwas, von dem ihr gesagt wurde, dass es ihren Tod bedeuten würde: Sie erzählt ihre Geschichte. Mit ruhiger Stimme spricht die junge Frau darüber, wie sie eines Nachts aus dem Schlaf aufschreckte. Wie der Zirkusdirektor zuschlug und sie vergewaltigte, ein damals zwölf Jahre altes Mädchen. Dass er drohte, sie zu töten, sollte sie auch nur ein Wort darüber verlieren. Shweta schwieg. Sie ergab sich in ihr Schicksal, das ihr ein Leben als Leibeigene des indischen New Raj Kamal Circus zwies. Dort wurde sie die Hauptattraktion, führte akrobatische Kunststücke vor im knappen Kleidchen.

Dass Shweta heute in Freiheit lebt, verdankt sie einem ehemaligen Oberleutnant der britischen Armee, Philipp Holmes. „Wir sind die Einzigen“, sagt Holmes, „die den Kampf gegen die Sklaventreiber der Zirkusse führen.“ Vor zehn Jahren hatte Holmes zu Ehren seiner verstorbenen Ehefrau den Esther Benjamins Trust (EBT) gegründet. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, gestrandeten Kindern in Nepal zu helfen. Davon gibt es unzählige in dem Himalajastaat, der mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 300 Euro zu den ärmsten Ländern der Welt gehört. Laut Unicef ist Nepal ein Brennpunkt der Kinderarbeit. In den zehn Jahren des Bürgerkrieges mit den Maoisten sind die Schutzsysteme für Kinder erodiert. Ein Drittel der Fünf- bis 14-Jährigen geht nicht zur Schule, sondern arbeitet. „Dass Kinder Ziegelsteine produzieren, auf dem Feld oder in der Fabrik arbeiten, das ist gang und gäbe“, sagt Holmes.

Auch der Menschenhandel floriert. Jedes Jahr werden nach Schätzungen von

Hilfsorganisationen 12 000 Kinder und junge Frauen über Nepals Südgrenze nach Indien verkauft. Die Eltern kassieren ein Handgeld von 30 Euro, manchmal auch nur das Versprechen, dass ihren Kindern eine große Karriere winkt. Dass Schicksal nepalesischer Kindersklaven in Indiens Zirkussen war bis 2002 kaum jemandem bekannt. Erst als EBT-Mitarbeiter Gerüchten nachgingen und verdeckt in indischen Zirkussen recherchierten, trat das Ausmaß dieses dunklen Geschäfts zutage. Allein in den 30 größten Zirkussen des Landes zählten sie 230 nepalesische Kinder. Anfang 2004 führte der EBT den ersten „Überraschungsangriff“ durch, wie Holmes seine Aktionen nennt, und befreite aus einem Zirkus in Kerala 29 Kinder. Seither sind insgesamt 300 Kinder gerettet worden.

Heute ist Shweta eine Mosaikkünstlerin im Dienste der ETB. Sie fügt bunte Kachelstücke zum Porträt eines prächtig gekleideten Maharadschas zusammen. Mit vier anderen befreiten Frauen lebt und arbeitet die 21-Jährige in einem Backsteinhaus auf einer Anhebung am Rand des Katmandu-Tals, eine halbe Autostunde südlich der nepalesischen Hauptstadt. Die Mosaikwerke werden als Souvenirs verkauft. Zwischen 7000 und 11 000 Rupien, 60 bis 100 Euro, verdienen die Mosaikkünstlerinnen im Monat. Ein gutes Gehalt, nepalesisch gesehen – und es gibt den Frauen ihre Würde zurück.

„Die meisten der befreiten Kinder sind verschüchtert“, sagt die Inderin Shailaja Cem. Sie war einmal Nonne. Bis sie zufällig Holmes traf und von seinem Kinderprojekt erfuhr. Jetzt betreut Shailaja Cem drei

Heime des EBT im Umland Katmandus. Knapp 100 Kinder – neben den Zirkuskindern auch Straßenkinder – leben hier. Es gibt Gemeinschaftsschlafräume, ein Musikzimmer, eine Bibliothek und ein Spiel- und Fernsehzimmer. Shailaja Cem ist streng mit den Kindern: „Einmal pro Woche dürfen sie den Fernseher einschalten.“

Das Wichtigste aber ist der Klassenraum. „Nach ihrer Befreiung erhalten die Kinder ein Jahr lang informell Unterricht“, sagt Shailaja Cem. Es ist ein Crashkurs in Lesen, Schreiben und Lebensführung. „Dann schulen wir sie direkt in die 7. oder 8. Klasse ein.“ Dabei kämpfen Shailaja Cem und ihre Kollegen ständig mit den Spätfolgen der Zirkustortur. „Viele der Kinder haben Hörprobleme und sind vergesslich, weil sie im Zirkus auf den Kopf geschlagen wurden.“ Immer auf den Kopf. So bleiben die blauen Flecken während der Vorführung unsichtbar, von den Haaren verdeckt.

Auch die seelischen Schäden bleiben oft verborgen. Die deutsche Psychologin Katharina Tomoff hat einige Monate als Freiwillige bei der EBT verbracht und festgestellt, dass Nepal auch in ihrer Disziplin ein Entwicklungsland sei: „Das Konzept ‚Psychologie‘ kennt man einfach nicht.“ In Gesprächen mit den Kindern bemerkte sie bei fast allen die Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung. Um das Erlebte zu verarbeiten, helfen Gespräche, in denen man sich das Leid von der Seele redet. Auch da existiert eine kulturelle Hürde: In Nepal behält man sein Gefühlsleben für sich. Getarnt als Englisch- oder Gesangsunterricht brachte Tomoff den Kindern bei, ihre Gefühle auszudrücken. Es war eine zweite, psychologische Befreiungsaktion.



Foto: Ostermann

„Ich weiß nicht, warum mir die Bank damals den Kredit gab.“

Greg Frusci, überschuldeter Hausbesitzer aus New York



Beim Hilfsverein EBT in Pakistan werden ehemalige Kindersklaven betreut. Foto: Wanzeck